



Jahreshauptversammlung am 22. Februar 2005

Am 22. Februar fand die diesjährige Jahreshauptversammlung des Kreisverbands Göttingen statt.

Mit 29 Mitgliedern, die trotz widriger Witterungsverhältnisse von Dransfeld bis Duderstadt angereist waren, war die diesjährige KMV erfreulich gut besucht. Nach dem Rechenschaftsbericht des Vorstandes, dem Finanzbericht und dem Kassenprüfungsbericht beantragt Christel die Entlastung des Vorstandes, dem einstimmig gefolgt wird und hebt die Arbeit des Kreiskassierers Dietmar lobend hervor. Die Finanzen weisen im Gegensatz zu früheren Jahren eine positive Entwicklung auf, so dass für die nächsten Wahlkämpfe kleine Rücklagen gebildet werden können.

Ursula Botzenhardt, Wiebke Ahrlich und Martin Worbes erklären sich bereit, ein weiteres Mal für den Vorstand zu kandidieren, und werden mit 24/4/1, 20/5/4 und 29/0/0 in ihrem Amt bestätigt. Ebenso wird Dietmar Kuhn

mit 28/1/0 Stimmen als Kreiskassierer bestätigt. Alle nehmen die Wahl an. Thomas Deimel wird dem Vorstand weiter angehören, seine Wahlperiode endet erst 2006. Aus Gründen der Arbeitsüberlastung sind zu unserem großen Bedauern Silke Gebel, Viola von Cramon-Taubadel und Thorsten Herla aus dem Vorstand ausgeschieden. Im Vorfeld der Wahl wurde es allgemein nicht für gut geheißen, wenn sich KandidatInnen zur Wahl stellen, die nicht persönlich anwesend sind. Wir möchten aber alle Mitglieder bitten in sich zu gehen, ob sie nicht den neuen Vorstand bei seiner Arbeit unterstützen wollen und für den nächsten Vorstand kandidieren wollen, vor allem in Hinblick auf den langsam näher rückenden Wahlkampf.

Es folgte eine intensive Diskussion über die geplanten Satzungsänderungen des Landesverbandes. Vor allem scheint die Rotationsregelung noch immer allgemein die Gemüter zu erhitzen, der Großteil der Redezeit wurde für die-

ses Thema benötigt. Nach Abstimmung des Meinungsbildes wollen etwa gleich viele Mitglieder die Rotation ganz abschaffen, wie die alte Regel beibehalten, die Mehrheit jedoch votierte für die Neuregelung des Lavos (Neueneuerung). Mehrheiten gab es jeweils für die Änderung der Vorstandsstruktur sowie einstimmig für die Einführung eines Parteirates (mit Beteiligung der Grünen Jugend).

Für sich gesehen sind also im KV-Göttingen alle Vorschläge des LaVo deutlich mehrheitsfähig. Mit der Vorstellung, diesen Kompromiss als Ganzes ohne Änderungsanträge und ausführliche Einzeldebatten anzunehmen, konnte sich dagegen kurioserweise eine knappe Mehrheit (14/13) nicht anfreunden. Nun liegt es in der Hand der Delegierten auf der SonderLDK die Debatte zu einem gütlichen Abschluss zu bringen. (siehe auch Bericht vom Treffen der Kreisvorstände S. 3).

Martin Worbes, Kreisvorstandssprecher

Der neue Stadtvorstand

Seit der letzten Mitgliederversammlung des Stadtverbandes gibt es einen neuen Vorstand, hier eine Kurzvorstellung in alphabetischer Reihenfolge:

Anna Osterhus,

19 Jahre alt, Lehramtsstudentin, neu im Vorstand und in Göttingen aber nicht neu bei den Grünen, denn Anna bringt viel Erfahrungen aus dem Vorstand der Grünen Jugend in Hannover mit und in ihre Arbeit ein. Ihre Politikfelder: Demografischer Wandel und Bildungspolitik.

Astrid Schumde,

49 Jahre alt, sozialpädagogische Beraterin, Studentin der Sozialwissenschaft, Astrid bringt auch schon Vorstandserfahrungen aus dem alten Vorstand mit, ihre Schwerpunkte sind Bildungs- und Kulturpolitik und Frauenpolitik.

Jennifer Jasberg,

schon 21 Jahre, Studentin der Arabistik, Politikwissenschaft, etc., gehörte ebenfalls schon dem alten Stadtvorstand an, ist bei den Göttinger Grünen als geschätzte Wahlkampfpraktikantin eingestiegen. Integrationspolitik soll ihr Arbeitsschwerpunkt sein.

Margit Göbel,

41 Jahre alt, Biologin, ist in der Szene gut bekannt als ehemalige Fraktionsvorsitzende der Grünen im Göttinger Stadtrat und jetzige persönliche Mitarbeiterin von Rebecca Harms in Brüssel. Margit hat als Schwerpunkte: Kommunalpolitik, Wahlkampf vorbereitung und Durchführung.

Roland von Schmeling,

ist 41 Jahre alt, Agraringenieur und ehemaliger Biolandwirt. Roland steigt frisch

in die Vorstandsarbeit ein und will die klassischen grünen Themen Ökologie und Umwelt bearbeiten, daneben soll Zeit für Landwirtschaftspolitik bleiben. ▶

Aus dem Inhalt:

– Bericht: Jahres-KMV	1
– Neuer Stadtvorstand	1
– KMV-Antrag: Kindergeld	2
– KMV-Antrag: Studiengebühren	2
– Landessatzung	3
– Wahlkampfhilfe	4
– Antidiskriminierung	5
– AKW-Besuch	5
– Erinnern an 2. Weltkrieg	6
– GAP-Reform	6
– Hilfe für 3. Welt	7

Sascha Völkening,

31 Jahre, Mathematikstudent und Programmierer, erfahrenes Vorstandsmitglied, unverzichtbarer Stadtverbandskassierer, will sich weiter engagiert einbringen mit den Schwerpunkten: Finanzen, Wirtschaft und Wahlkampf.

Susanne Wiedermann,

ist 40 Jahre alt, hat Agrarökonomie und Umweltmanagement studiert und be-

treut derzeit die Geschäftsstelle des Verbandes für nachhaltiges Umweltmanagement e. V.. Sie ist als ehemaliges Vorstandsmitglied und Ratsfraktionsmitarbeiterin in Grünen Strukturen zuhause. Susanne bearbeitet schwerpunktmäßig Bildungsfragen und Kommunalpolitik.

Thomas Barke,

42 Jahre alt, Jurist, ist erfahrenes Vorstandsmitglied, vielen durch seine aktu-

elle Vorstandsarbeit bekannt, Thomas kümmert sich besonders um Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Kontakt kann mit allen Vorstandsmitgliedern über das Büro oder die Angaben auf unserer Homepage hergestellt werden.

KMV-Antrag: Grundsicherung für Kinder

Einstimmig hat die Kreismitgliederversammlung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN einen von Ute Haferburg gestellten Antrag zur Durchführung des SGB II angenommen.

Damit wird der Kreisvorstand beauftragt, sich bei der Bundesregierung und den Bundestagsfraktionen dafür einzusetzen, das Kindergeld zukünftig nicht mehr als Einkommen auf das Arbeitslosengeld II anzurechnen. Die davon betroffenen Kinder und ihre Angehörigen sollen wie alle anderen Kinder auch das volle Kindergeld erhalten. Damit werden die Chancen der betroffenen Kinder verbessert und Kinderarmut gemildert.

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

Die Bundesregierung wird gebeten, die folgende Änderung am SGB II (Gesetz zur modernen Dienstleistung am Arbeitsmarkt), sowie den

dazugehörigen Bestimmungen (Durchführungsverordnung unter anderem) vorzunehmen: Die aus dem früheren BSHG übernommene Anrechnung von Kindergeld als Einkommen (entweder bei den Eltern, Elternteilen oder Kind) entfällt bei der Festsetzung des Bedarfes nach dem ALG II.

Begründung:

Die bisherige Praxis, das Kindergeld als Einkommen der SozialhilfeempfängerInnen anzurechnen, ist bereits früher von grüner Seite immer wieder kritisiert worden. Bereits 1998 bei der letzten Erhöhung des Kindergeldes wurde daher auf diese Kritik eingegangen und im Wege eines halbherzigen Kompromisses ein Betrag von 30 DM von der Anrechnung auf den damaligen Sozialhilfesatz ausgenommen.

Bei der Einführung des ALG II wird wieder der ganze Betrag von 154 Euro pro Kind als Einkommen auf den Bedarf angerechnet (also abgezogen). Dieses Vorgehen ist eine starke Benach-

teiligung aller Kinder von Eltern, die jetzt zu ALG II-EmpfängerInnen werden (also alle ehemaligen Sozialhilfe- und ArbeitslosenhilfeempfängerInnen). Das Kindergeld steht allen Kindern von Eltern zu, die Arbeitseinkommen oder ein selbständiges Einkommen erhalten. Darüber hinaus können Eltern, deren Einkommen höher liegt, anstelle des Kindergeldes sogar den höheren steuermindernden Freibetrag bekommen. Wer hat, dem wird gegeben, wer „Nichts“ hat, dem wird es abgezogen.

Unmittelbar auf die Anwendung des SGB II bezogen, ist die Nichtanrechnung des Kindergeldes als Einkommen auf den Bedarf des Kindes oder seiner Eltern bereits ein sozialer Fortschritt in Richtung von größerer Chancengleichheit, eine grundlegende Förderung von finanziell schwachen Familien, die insbesondere die Lage der Kinder der allein erziehenden Eltern in dieser Gruppe wesentlich verbessert.

Ute Haferburg, Kreistagsfraktion

KMV-Antrag: Studiengebühren – nein danke

Der folgende Antrag der Grünen Jugend Göttingen ist auf der Kreismitgliederversammlung beschlossen worden.

Studiengebühren nein danke

Am 26. Januar dieses Jahres wurde über die Klage von sechs Bundesländern durch das Bundesverfassungsgericht entschieden. Das Ergebnis dieser Entscheidung lautet, dass ein generelles Gebührenverbot durch den Bund nicht zulässig ist. Die Kompetenzen bezüglich dieser Frage wurden an die Länder

weitergegeben. Diese Entscheidung bedeutet jedoch nicht, dass generelle Studiengebühren eingeführt werden sollen. Die Grüne Jugend Göttingen ist der Meinung, dass Bildung ein elementares Menschenrecht darstellt, dass es zu schützen gilt und fordert daher keine Studiengebühren einzuführen, die dieses Grundrecht beschneiden würden.

Die Grüne Jugend Göttingen (GJG) weist darauf hin, dass Studiengebühren in einer in Zukunft noch stärker alternden Gesellschaft, deren Kinderzahlen in den letzten Jahrzehnten erheblich gesunken

sind die prognostizierten niedrigen Studentenzahlen noch weiter senken werden. Gleichzeitig werden ebenfalls aufgrund der Studiengebühren nur noch die sowieso schon Bildungsnahen, reicheren Schichten das Angebot an Hochschulbildung nutzen, während bildungsfernere Schichten sich leicht abschrecken lassen. Das bedeutet, dass es immer weniger qualifizierte Hochschulabgänger geben wird, die jedoch dringend in der Wirtschaft und anderen gesellschaftlichen Bereichen benötigt werden. Die Grüne Jugend Göttingen ▶

spricht sich gegen diese Zweiklassenbildungsgesellschaft aus.

Im internationalen Vergleich liegt Deutschland, mit rund 38 Prozent Studienanfänger weit hinter dem internationalen OECD-Standard von 51 Prozent. Um den demographischen Entwicklungen standhalten zu können brauchen wir mehr Studienanfänger. Um dies erreichen zu können, nutzt es jedoch nichts, das Studium zusätzlich mit Gebühren zu belasten und die Studenten abzuschrecken.

Es muss auch in Zukunft weiterhin gewährleistet sein, dass das Erststudium nicht mit Gebühren belegt wird. Eingeschlossen werden soll hier sowohl der Bachelor, als auch der Master. Den Master mit Gebühren zu belegen würde erneut einen großen Teil der Studierende von guten Berufschancen abhalten. Aktuelle Berichte zufolge stehen den Bachelor-Absolventen nicht die gleichen und auch nicht die Bestgestellten Berufe offen, wie zum Beispiel den Master-Absolventen. Dies würde bedeu-

ten, dass auch hier die soziale Selektion enorm ansteigen würde, da sich nur der besser gestellte Teil der Gesellschaft den Masterabschluss leisten könnte.

Zudem ist nicht gewährleistet, dass eventuelle Studiengebühren auch wirklich den Hochschulen zu Gute kommen und nicht nur in die Landshaushalte fließen. Solange dies nicht gewährleistet werden kann, würden die Studenten durch die Zahlung von Gebühren lediglich den Haushalt sanieren. Die Hochschulen wären in der gleichen Lage wie bisher.

Um eine nachhaltige Hochschulpolitik für die Zukunft zu entwickeln und eine Reform des bisherigen Zustandes zu ermöglichen fordert Der Göttinger Kreisverband von Bündnis90/DIE GRÜNEN, dass zunächst alle BürgerInnen ein gleiches Kontingent an Bildung erhalten. Ein so genanntes Grundkontingent, dass eine Gebührenfreie Ausbildung gewährleisten soll.

[...] Die Studenten werden so zu einer Art Kunden ihrer jeweiligen Universität

und können den Anspruch auf Bildung geltend machen. [...] Die Finanzierung soll hierfür über einen kostengünstigen Bildungskredit laufen.

Um den Bildungsstandort Deutschland langfristig konkurrenzfähig zu machen ist es erforderlich, dass neue Investitionen in Bildung getätigt werden, anstatt gerade an dieser Stelle zu kürzen. [...]

Um den Wettbewerb zwischen den Hochschulen zu fördern soll die Mittelvergabe für Forschung und Lehre zu 20 Prozent davon abhängig gemacht werden, an welcher Hochschule und in welchen Fächern die meisten Bildungskredite eingelöst wurden. So kann garantiert werden, dass auch weiterhin gezielte Förderungen von guten Standorten möglich sein wird. [...]

Grüne Jugend Göttingen

Den ungekürzte Antrag findet ihr unter www.gruene.de/goettingen

Landessatzung

Nachdem der Landesvorstand vor einigen Wochen ein Kompromisspapier zum Thema Satzungsänderung vorgelegt hat, fand am 5. März in Hannover ein Kreisvorständetreffen statt.

Vertreter aus 30 von 48 niedersächsischen Kreisverbänden waren anwesend beziehungsweise hatten Stellvertreter geschickt. In großer Runde berichtete je ein Vertreter über den Stand der Diskussion in seinem KV. Dabei wurde leider deutlich, dass die Meinungsfindung in vielen Kreisverbänden noch nicht abgeschlossen war: Man hatte das Thema bislang häufig nur in den Vorständen nicht aber auf Mitgliederversammlungen diskutiert. In anderen Kreisverbänden war der Satzungsantrag, ähnlich wie in Göttingen, nicht als Kompromiss diskutiert worden, man hatte vielmehr einzelne Aspekte herausgegriffen und abgestimmt.

Die Landesvorsitzende Brigitte Pothmer wies wiederholt darauf hin, dass es mit Hilfe der Satzungscommission gelingen sei, sehr weit auseinandergehenden Positionen zu vereinen. Sie wies auf die große Zahl der Unterzeichner

des Papiers hin und wertete dieses als großen Erfolg. Die Forderungen einzelner KVe nach punktuellen Änderungen würden das gesamte Papier gefährden, da es immer auch Forderungen in die entgegengesetzte Richtung gäbe.

Insgesamt aber lehnte nur ein geringer Teil der Kreisverbände das Papier ab. Dazu gehört vor allem Stade, aber auch Wittmund und Holz Minden waren sich nicht sicher, ob sie den Kompromiss würden tragen können. Die meisten der anderen anwesenden Kreisverbände signalisierten eher Unterstützung, wobei erst in sieben dieser KVe Delegierte gewählt worden waren.

In der anschließenden Diskussion wurde vermehrt der Ruf nach einer Mitgliederbefragung laut. Der Landesvorstand wies in diesem Zusammenhang auf das langwierige und komplizierte Verfahren hin. Allen müsse klar sein, dass zuvor auf einer LDK über einen Abstimmungstext entschieden werden müsse. Auch sollte man sich bewusst machen, dass es in einer Urabstimmung nicht um einen Kompromiss gehen kann, sondern die gegensätzlichen Positionen zur Wahl stünden. Eine der beiden Extremposi-

tionen liefe also Gefahr weniger zu erreichen, als durch die Verabschiedung des Kompromisspapiers.

Während einige Kreisverbände von dem Thema gesättigt schienen und zum Teil auch die Notwendigkeit der Satzungsänderung in Frage stellten, wiesen andere Vertreter darauf hin, dass wir eines vor zwei Jahren mit überwältigender Mehrheit beschlossen haben: Die Satzung zu ändern.

Am Ende der Veranstaltung einigte man sich darauf, dass der Landesvorstand in seiner nächsten Sitzung über das weitere Verfahren beraten werde.

Wenig überraschend war, dass eine inhaltliche Auseinandersetzung zum Thema keine Rolle bei dem Treffen spielte. Es wurde offensichtlich, dass alle Argumente und Positionen ausgetauscht und den Anwesenden bekannt sind.

Zu Redaktionsschluss der Galerie kam die Nachricht, dass eine Satzungs-LDK am 23. April in Celle stattfinden wird.

Wiebke Ahrlich, Kreisvorstand

Bürraum im Grünen Zentrum frei

**Wir vermieten 20 sonnige Quadratmeter
in zentraler Lage.**

Ab 1. Juli haben wir wieder einen schönen, hellen Büroraum im Grünen Zentrum in der Prinzenstraße 20a zu vermieten. Der Raum ist etwa 20 Quadratmeter groß, hell und sonnig. Bad und

Teeküche des Grünen Zentrums können mitbenutzt werden. Die Miete beträgt einschließlich der Nebenkosten 200 Euro.

Weitere Informationen hat unser Geschäftsführer Raymond Rordorf. Telefon: 05 51 / 5 55 94 oder Mail: gruene.goettingen@t-online.de (Montags und Freitags: 10-14 Uhr, Mittwochs 13-18)

Aktivurlaub bei den Nordlichtern

Bei der BDK in Kiel hat der Landesverband Schleswig-Holstein Karten verteilt, mit denen um eine Spende oder ein aktiven Einsatz im Wahlkampf in Schleswig-Holstein gebeten wurde.

Als weiterhin noch Arbeitssuchender habe ich mich für den „Aktivurlaub“ und einen Einsatz im Wahlkampf gegen Kost und Logis entschieden. Anfang Februar erreichte mich dann ein Anruf des Wahlkampfkoordinators mit der Bitte, Kontakt mit dem KV Pinneberg aufzunehmen. Pinneberg liegt im sogenannten „Speckgürtel“ Hamburgs. Diese Gegend ist am dichtesten besiedelt und trägt regelmäßig einiges zum Landesergebnis der Grünen bei.

Vor Ort habe ich erfahren, dass dem Kreisverband quasi die Veranstaltungen mit den „Promis“ aufgedrängt werden. So waren sie dann auch alle da: Jürgen Trittin, Renate Künast, Claudia Roth, Reinhard Bütikofer. Auch Krista Sager durfte gemeinsam mit Anne Lütkes (der grünen stellvertretende Ministerpräsidentin) begrüßt werden. Hier war der Rahmen etwas ungewöhnlicher: Die Bild-Zeitung titelte: „Was macht die Justizministerin vor dem Eros-Center?“ Hintergrund dieser Schlagzeile war, dass Kondome und Flyer auf dem Kiez verteilt wurden.

Dies am Samstagabend bei einer Windstärke von 10-11. Trotzdem war einiges auf dem Hamburger Kiez los. Die GAL hatte berichtet, dass sie bei Ihrer Aktion zur Hamburger Wahl viele

Leute aus dem Umland von Hamburg angetroffen haben. So lag es nahe, einmal die UmlandbewohnerInnen, die Ihr Amüsement suchen, zu agitieren. Sinziger Aufdruck auf der Kondomschachtel: „Du bestimmst wer reinkommt“. Es wurden dann etwa 600 Kondome verteilt, wobei die GAL Hamburg solidarisch auch durch Farid Müller (Bürgerschaftsabgeordneter) und andere HelferInnen unterstützte.

Jürgen Trittin war bei seiner Veranstaltung gut in Form: „Vor einem Jahr dachte man noch die CDU könne in Schleswig-Holstein eine Mettwurst aufstellen und könne gewinnen. Dann hat sie sich für Peter-Harry Carstensen entschieden“. Leider kamen nur etwa 40 Leute zur Wahlversammlung.

Auch bei Bütikofer und Künast waren die Zahlen nicht überragend. Eine gewisse Übersättigung des Publikums war nicht zu übersehen. Sehr gut besucht war allerdings eine Jubiläumsveranstaltung in Tornesch verbunden mit einem Besuch von Claudia Roth („Ihr müsst sagen wann ich aufhören soll, ich rede viel und habe erst morgen um 8.00Uhr wieder einen Termin“). Erfolgsfaktoren waren wohl die persönliche Ansprache und Einladung der BesucherInnen sowie eine angenehme Atmosphäre mit Musik sowie Speis und Trank.

Bei dem Verschicken von über 1300 ErstwählerInnenbriefen und den Einlegen von Wahlzeitungen blieb allerdings auch Zeit sich über den Gegenwind aus Berlin zu ärgern, der auch die sturmer-

probten HolsteinerInnen ein wenig in Nervosität versetzte. Die Presse trug auch landespolitisch nicht zur Stimmungsaufhellung sonderlich bei, in dem sie Klaus Müller falsch zitierte, sodass der Eindruck entstehen konnte, dass er den Bau der A 20 befürwortet.

Trotz allem und anders lautender Presseberichte war dann beim „Joschka“ Auftritt in Kiel die Stimmung noch relativ gut. Das Maxx (Veranstaltungsort/Großdisco) war gut gefüllt.

Nach anfänglichen Black-Outs („auch hier in NRW“) lief Joschka zur üblichen Form auf und entschuldigte sich mit dem Dauerstress seit Weihnachten. Als Wahlkampfabschluss wurden noch massiv Plakate „Norden ohne Nazis“ neben den Plakaten „Kein Zutritt für Rechts“ geklebt, da sich die NPD erdreistet hatte, Wahlkampfstände anzumelden.

Wie nötig jeglicher Einsatz war, hat das Wahlergebnis am 20. Februar bewiesen.

Bedanken möchte ich mich noch ganz besonders für die Gastfreundschaft der Grünen AktivistInnen aus Pinneberg und Umgebung und ebenso für viele Anregungen für unsere Arbeit.

Thomas Barke, Stadtvorstand

(Dieser Text wurde vor den Ereignissen im Landtag am 17.03.05 geschrieben)

Podiumsdiskussion: Antidiskriminierungsgesetz

Am Montag dem 28.02.05 fand im Holbornschen Haus eine Veranstaltung des Kreisverbandes zum neuen Antidiskriminierungsgesetz statt.

Das Podium war mit Günter Dworek, Mitglied der Grünen Bundestagsfraktion und Referent für Antidiskriminierung und Gesellschaftspolitik sowie Christian Herwig vom Behindertenbeirat, Regina Meyer von der Freien Altenarbeit, Angelika Kruse der Frauenbeauftragten des Landkreises sowie Mehmet Tugcu vom Integrationsrat besetzt. Dieses Gesetz ist in den letzten Wochen verstärkt in die Diskussion geraten. Schwarz-gelb malte das Ende der Vertragsfreiheit an die Wand und die UnternehmerInnenverbände behaupten, das nunmehr jede/r abgelehnte Bewerber/in klagen wird. Das Gesetz beruht aber weitgehend auf Vorgaben der EU. Auch eine schwarz-gelbe Bundesregierung hätte sich dazu bequemen müssen, zumindest die Vorgaben zur Vermeidung einer ethnisch begründeten beziehungsweise einer geschlechtsspezifischen Diskriminierung umzusetzen.

Was passiert aber, wenn eine farbige Frau diskriminiert wird, die auch schwerbehindert ist? Aus diesem nicht völlig abwegigem Beispiel ergibt sich, dass eine Trennung von Diskriminierungsmerkmalen beziehungsweise eine Nichtberücksichtigung einzelner Diskriminierungsmerkmale nicht zielführend ist.

Herr Dworek nahm zur Problematik der Umsetzung der EU-Richtlinien zur Antidiskriminierung im vorliegenden Gesetzentwurf Stellung, und erläuterte, auf welche Weise einzelne Betroffene Rechte aus diesem Gesetz geltend machen können. Er stellte fest, dass es nach jetziger Rechtslage durchaus noch Schutzlücken beim Vorgehen gegen die Diskriminierung wegen des Alters, des Geschlechts, der ethnischen Zugehörigkeit, einer Behinderung und auch der sexuellen Identität gibt, und keinesfalls mit einer Klageflut beim Inkrafttreten des Gesetzes zu rechnen sei.

Sicherlich hat das Gesetz, dass sich auf die Diskriminierung im Bereich des Zivil- und Arbeitsrechts bezieht, durchaus auch Schwachstellen. So gelang es der Grünen Fraktion nicht, ein Ver-

bandsklagerecht durchzusetzen. Diskriminierungen für Behinderte, wie beispielsweise keine barrierefreier Zugang zu einer Diskothek oder aber auch die Unmöglichkeit in Göttingen eine

Auskunft zu erlangen, wann eine rollstuhlgerechter Bus fährt, werden durch dieses Gesetz nicht erfasst. Es existieren zu diesen Problemkreisen bereits andere gesetzliche Regelungen, die allerdings teilweise unzureichend sind, oder deren Durchsetzung nicht hinreichend überwacht wird.

Aus Sicht der Frauenbeauftragten des Landkreises Göttingen sind gesetzliche Vorgaben zur Verwirklichung der Gleichberechtigung gerade aus ihren langjährigen Erfahrungen erforderlich. Betont wurde aber auch von Seiten des Integrationsrates, dass das Bewusstsein in der Gesellschaft zu einem diskriminierungsfreien Umgang mit Minderheiten zu fördern ist. Es bleibt zu hoffen, dass das ADG hierzu einen Beitrag leisten wird.

Thomas Barke, Stadtvorstand

Weitere Infos: www.bmj.de und www.gruene.de

Scharfe Kurven im heißen Bereich

Am 12. Februar hatte ich die Möglichkeit die urgrüne Pilgerstätte in Brokdorf von der anderen Seite des Zaunes zu besichtigen und einige lustige Erfahrungen zu sammeln.

Zu dem Druckwasserreaktor heißt es in der Informationsbroschüre: „Er trägt dazu bei, dass bei E.ON Kernkraft der Klimaschutz groß, der Strompreis dagegen ziemlich klein geschrieben wird. Und das soll auch in Zukunft so bleiben.“ Da aber der Reaktor seit 1986 eine Nettoleistung von 1.370 MW liefert und dafür etwa 103 Tonnen Uran benötigt, bleiben doch Fragen offen. Auf Anfrage erfuhr ich, dass die genannte Zukunft bereits in 50 Jahren endet, denn das neue Zwischenlager der Anlage ist lediglich für diese Zeit ausgelegt. (Zum Glück ist das noch eine Weile hin)

Nach einem Gang durch das hauseigene Fitnessstudio, findet man zum Infor-

mationscenter, wo man auch über weitere Attraktionen aufmerksam gemacht wird.

Von den Sicherheitsmaßnahmen war ich stark beeindruckt und kann nur jedem empfehlen, nicht dort einzubrechen. Nachdem ich Kontrollräume, Dampferzeuger, Turbinen und Generator besichtigen konnte, warfen wir einen Blick auf die Kühlwassersysteme. Tatsächlich ist jede Absicherung selber abgesichert und sechs Kühlwasserpumpen, die je 10 000 Liter Wasser pro Sekunde aus der Elbe pumpen können, werden vermutlich auch im Notfall ausreichen. Man versicherte mir dazu beruhigenderweise, dass es unbedenklich sei ebenso viel Wasser mit etwa acht Grad Temperaturunterschied wieder zurück in die Elbe fließen zu lassen. Die Demonstranten, die daran wohl ähnliche Bedenken hatten, dienten im Nachhinein nicht nur der Verbesserung

des Versammlungsrechtes sondern auch dem besseren Betriebsklima im Kernkraftwerk, denn drei gemeinsame Tage am Arbeitsplatz habe die Mitarbeiter einander näher gebracht.

In einem geeigneten Anzug und fast passenden Schuhen ging es dann endlich in den Reaktordruckbehälter: Brennstäbe gucken. Ein wahres Spielparadies: Ein großes Wasserbecken, viele bunte Knöpfe und lauter Sicherheitschecks, die man ausprobieren kann. Der Zwischenraum zwischen Stahlsicherheitsbehälter und Betonhülle bietet den trotz der Freizeitangeboten gelangweilten Mitarbeitern eine tolle Gelegenheit ihre Kreativität auszuleben. So finden sich dort viele witzige Sprüche über Gonokokken und Ähnliches.

Ein wenig erstaunt war ich aber doch, als ich Zutritt zu den Kontrollräumen im „heißen Bereich“ bekam. Über ▶

den Meßgeräten, die der Überwachung des radioaktiven Abfalls dienen, strahlen zusätzlich jede Menge scharfe Playboyhäschen. Als ich allerdings erfuhr, dass den Mitarbeitern bereits der Zugang zu E-bay und die 0190er-Nummern gesperrt worden ist, zeigte ich auch dafür Verständnis.

Aber eben das ist ja auch meine grüne Stärke: Verständnis und Toleranz!

Jennifer Jasberg, Stadtvorstand

GAP-Reform

Die Europäische Union gibt viel Geld aus für ihre Landwirte, die Verwendung dieser Mittel ist jedoch aus Sicht der Steuerzahler nicht immer nachvollziehbar.

Der Anteil der Agrarausgaben beträgt 2004 45 Prozent am gesamten EU-Haushalt. Die durch Rotgrün und die Bundesländer 2004 beschlossene Umsetzung der Reform der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP-Reform) ist dabei jedoch schlechter als die Reformvorlage aus Brüssel.

Mit der ersten Säule wurden bisher sogenannte „Ausgleichszahlungen“ für pflanzliche und tierische Produkte, das heißt die klassische Produktion gefördert.

Seit Inkrafttreten der GAP-Reform 2005 werden den Landwirten in diesem Bereich die so genannten „entkoppelten Direktzahlungen“ gewährt unabhängig davon, was sie produzieren. Landwirte erhalten eine entkoppelte Betriebsprämie auf der Basis der zwischen 2000 und 2002 gewährten Zahlungen. Es ist dadurch auch theoretisch möglich, dass ein Landwirt sein Grünland alle zwei Jahre mulcht, seine Ackerflächen begrünt, ansonsten nichts produziert und Direktzahlungen in derselben Höhe wie bisher bekommt.

Von Bundesregierung und Bundesländern wurde in Verhandlungen ein Modell gefunden, das vorsieht, dass bis 2009 die Direktzahlungen wie bisher direkt an die Betriebe fließen. Nach einem Übergang werden ab 2013 die Zahlungen auf der Basis einer regionalisierten Einheitsprämie pro Hektar gezahlt.

Aus Sicht der Umweltverbände kommt diese Einheitsprämie zu spät. Es werden vor allem Nachteile für Bewirtschaf-

Letzte Chance für das Erinnern

Im Landkreis Göttingen waren während des Zweiten Weltkrieges etwa 18 000 Zwangsarbeiter/innen und KZ-Häftlinge verschleppt.

Diese unvorstellbare Anzahl ist erst in den letzten Jahren deutlich geworden. Sie mussten in Fabriken, Landwirtschaft, Privathaushalten, aber auch zum Beispiel bei Stadtverwaltungen oder für die Universität Göttingen arbeiten. Insbesondere in den letzten Kriegsjahren waren sie in der Rüstungsindustrie eingesetzt. Kaum ein Betrieb hatte keine Zwangsarbeiter. Ein Teil von ihnen wurde in den Heimatländern zum Beispiel auf der Straße verhaftet und über ein Konzentrationslager nach Deutschland gebracht.

Für Tausende von ihnen endet die Zwangsarbeit mit dem Tod. An diesen Teil der Geschichte im Landkreis Göttingen erinnert kein Ort. Einzelne Gedenktafeln sind die Ausnahme. Eine Ausstellung oder Gedenkstätte für Häftlinge und Zwangsarbeiter als Opfer des Nazi-Regimes im Landkreis Göttingen gibt es nicht.

Lobend kann man erwähnen, dass der Landkreis Göttingen, besonders auf Initiative der Grünen-Kreistagsfraktion, sich diesem Teil der Geschichte gestellt hat. Die finanzielle Beteiligung an dem Fond zur Entschädigung von Zwangsarbeitern und der Auftrag, die Geschichte von Zwangsarbeit zu untersuchen, sind mit allen Fraktionen beschlossen worden.

In diesem Jahr jährt sich zum 60. Mal der April 1945 – die Befreiung vom Nationalsozialismus. Ein Teil der Menschen, die Zwangsarbeit leisten mussten, weil

sie zum Teil als Jugendliche in das damalige Deutsche Reich verschleppt worden sind, leben erfreulicherweise noch heute. Ihre Geschichte kann jetzt noch aufgeschrieben und dokumentiert werden. Die kommenden Gedenktage bieten hierzu eine große Chance.

Worum geht es bei dieser Diskussion? Es müsste ein Ort im Landkreis Göttingen geben, an dem Informationen über diesen Teil der Landkreis Geschichte gesammelt werden, wo Schüler und Lehrer, wenn sie das Thema in der Schule das Thema besprechen, Informationen über die NS-Zeit vor Ort bekommen. Ihnen soll vermittelt werden, das Nationalsozialismus in seiner Unmenschlichkeit in jeder Stadt, jedem Dorf in Betrieben und Verwaltungen stattgefunden hat und nicht nur in Berlin oder in den Konzentrationslagern. Ein solcher Ort des Gedenken und der Information fehlt im Landkreis Göttingen. Die Rahmenbedingungen sind nicht schlecht. Es gibt noch Überreste von Rüstungsbetrieben, Dokumente, Berichte und natürlich Zeitzeugen, Zwangsarbeiter und Deutsche, die mit ihnen zusammengearbeitet haben. Es gibt Geschichten von mutigen Menschen, die den Zwangsverschleppten Essen gegeben haben und von Solidarität unter den Häftlingen verschiedener Nationen. Dabei geht es nicht um einen besonders großen Gedenkstein, sondern um eine Ausstellung und Archiv zum Beispiel in einem ehemaligen Rüstungsbetrieb im Landkreis Göttingen.

Mein Wunsch ist, dass die Grüne Kreistagsfraktion im vorgenannten Sinne aktiv wird.

Hans Georg Schwedhelm, Stadtrat Duderstadt

ter von für die Biodiversität wichtigem Grünland befürchtet.

Mit der zweiten Säule werden andere Politikbereiche wie zum Beispiel die Agrarumweltprogramme oder der Ökologische Landbau gefördert. In diesem Bereich werden gesellschaftliche Leistungen der Landwirte bezahlt, im Gegensatz zur ersten Säule, bei der die Zahlungen meist historisch begründet werden. Eine Folge davon ist auch, dass die EU langfristig die erste Säule ab-

bauen muss, um bei den WTO-Verhandlungen keine Probleme zu bekommen, während die zweite Säule WTO-kompatibel ist.

Ursprünglich war in dem Entwurf von Franz Fischler eine Umschichtung von Geldern der ersten in die zweite Säule in Höhe von 20 Prozent vorgesehen, was jedoch von Schröder und Chirac im Herbst 2003 gekippt wurde. Im jetzigen Entwurf werden nur noch drei bis fünf Prozent der Gelder umgeschichtet. ▶

Aus Sicht einer verbraucher- und umweltfreundlichen Agrarpolitik ist dies eine Verschlechterung, die wir unserem Kanzler, der sogenannte „Agrarfabriken“ angeblich nicht mag, zu verdanken haben.

Die Kürzungen bei Agrarumweltprogrammen der Länder zeigen jedoch, dass es durchaus Bedarf an zusätzlichen

Geldern in der zweiten Säule gibt. Die Ausgaben der zweiten Säule machen jedoch nur etwa ein Fünftel des EU-Agrarhaushaltes aus. Dieses Missverhältnis wird sich nach 2005 kaum ändern, da Modulationsraten von drei bis fünf Prozent zu vernachlässigen sind.

Fazit: Der Steuerzahler gibt viel Geld für landwirtschaftliche Produktion aus,

die jedoch nicht immer umweltfreundlich ist. Die Umsetzung der Agrarreform durch Bund und Ländern ist aus Sicht einer verbraucher- und umweltfreundlichen Landwirtschaft kein Ruhmesblatt. Es kommt jedoch noch schlimmer (siehe nächster Artikel).

Sebastian Lakner

Streit um Geld für Agrarumweltprogramme

Unbeachtet von der großen Öffentlichkeit sägen Schröder und Fischer an der finanziellen Basis der Agrarwende, während Renate Künast sich kaum dagegen wehrt.

Es sieht finanziell nicht gut aus für eine Fortsetzung der Agrarwende. Da Deutschland Nettozahler in die EU-Kasse ist und Hans Eichel ohnehin Probleme mit dem Bundeshaushalt hat, gibt es Pläne im Bundeskanzleramt, die Zahlungen an die EU zu reduzieren. Die im Folgenden dargestellten Streichungspläne des Kanzleramtes zeigen, wie wenig ernst es der Kanzler mit der Agrarwende meint.

Der Bereich Forschung und Technologie bleibt unangetastet, schließlich hat sich die EU gerade eine Strategie (die sogenannten „Lissabon-Strategie“) verschrieben, mit der sie die Wirtschaftsnation USA überrunden möchte, und hier sind Bildung und Forschung zentral. Auch an die klassischen Agrarausgaben der ersten Säule wollte man im Kanzleramt nicht ran, schließlich ist die Zusammenarbeit mit Jacques Chirac so gut und mit dem hatte Schröder auf dem Berliner Gipfel 2003 Obergrenzen für ersten und zweiten Säule vereinbart. Chirac selbst will es sich mit seiner konservativen Bauernlobby nicht verderben. Allerdings lässt die Vereinbarung vom Berliner Gipfel Deutungsspielräume, da hier nur Obergrenzen vereinbart wurden, so dass eigentlich auch Geld von der ersten in die zweite Säule umgeschichtet werden könnte. Dies zieht das Kanzleramt aber bisher scheinbar nicht in Betracht.

Bleibt die zweite Säule der EU-Agrarpolitik als Kürzungspotenzial und hier kommt ein weiterer Vorteil hinzu: Keiner verteidigt diesen heterogenen Ausga-

benposten, sieht man mal von ein paar Umweltverbänden und Renate Künast ab.

Aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen sind diese Kürzungspläne kontraproduktiv, da gerade Zahlungen im Bereich der zweiten Säule den Landwirten auf der Basis von Gegenleistungen (umwelt- und tierfreundliche Produktion) gewährt werden, während die seit 2005 geltende entkoppelten Direktzahlungen nur historisch begründet ist - ein für den Steuerzahler nicht nachzuvollziehender Vorgang.

Eine Kürzung in der zweiten Säule läuft dem Ziel von Umweltfreundlichkeit und Verbraucherorientierung zuwider, das der Architekt der jetzigen EU-Agrarreform Franz Fischler 2003 verkündete. Auch die Ziele der Agrarreform (Förderung von extensiven und tierfreundlichen Produktionsverfahren, ländliche Entwicklung und Ökolandbau) werden aus der zweiten Säule kofinanziert. Laut internen Informationen sind die Kürzungspläne bisher nur mit dem Außenministerium abgestimmt, die anderen Ministerien geben zurzeit zu den

Plänen Stellungnahmen ab.

Ministerin Künast lies bisher nur verlauten, sie „wolle so viel wie möglich für den ländlichen Raum herausholen“. Das klingt erstaunlich kraftlos, scheinbar wird die Kürzung im eigenen Haushalt und damit die Finanzierung der Agrarwende kampflos hingenommen.

Das Büro von Ulrike Höfken, agrarpolitische Sprecherin der grünen Bundstagsfraktion, äußerte sich auf Anfrage sehr kritisch zu den Kürzungsplänen der zweiten Säule, da gerade dieser Bereich zukunftssicher und auch mit den WTO-Kriterien vereinbar ist.

Was bleibt aus bündnisgrüner Sicht? Zunächst die Erkenntnis, dass unser Außenminister Fischer derartigen Kürzungsplänen zustimmt, obwohl sie aus Sicht von Verbraucher- und Umweltschutz widersinnig sind. Sollten die Kürzungspläne durchkommen, müssen sich die bündnisgrünen Minister fragen lassen, ob das Ziel einer Agrarwende noch aktuell ist oder ob man sich in Berlin auch als Reformmotor auf die Strategie der „ruhigen Hand“ verlegt.

Sebastian Lakner

Nachhaltige Hilfe für die 3. Welt

Der Bundespräsident Horst Köhler hat Anfang des Jahres die Hoffnung ausgesprochen, dass der Tsunami im indischen Ozean, seine Auswirkungen für die Anrainerstaaten und die darauf folgende Spendenbereitschaft der deutschen Bevölkerung einen Wendepunkt in der deutschen und vielleicht auch internationalen Entwicklungspolitik darstellen. Dem kann man sich als GRÜNER nur anschließen, auch wenn die Hoffnung vielleicht eitel ist. Die Anteilnahme der Menschen bei uns und den In-

dustriestaaten ist jedoch nicht sonderlich überraschend, wenn man bedenkt, dass es zum Beispiel auch die größte Katastrophe für Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg ist, wenn man von der Zahl der Opfer ausgeht. Entscheidend ist aber, dass Abend für Abend die Geschichten deutscher Überlebender im TV zu hören sind und eine eigene persönliche Betroffenheit erzeugen.

Für den gleichzeitig stattfindenden Genozid in Dafur/Sudan interessiert sich kaum jemand. Die tausend täglich er- ▶

mordeten und verhungerten Menschen im Kongo sind keine Nachricht wert. Dass ein Jahr nach dem Erdbeben in Bam/Iran mit 25 000 Toten die Menschen immer noch in Zelten leben, weiß niemand.

Die Öffentlichkeit konzentriert sich mental auf die neue Katastrophe. Auch die Bundesregierung hat zumindest zeitweise in einem Anfall von Großzügigkeit mit 500 Millionen Euro die Spitze der internationalen Geberländer eingenommen. Der Kanzler ist stolz auf sich und sein Volk. Aber wie viel sind eigentlich fünfhundert Millionen. Eine Menge

Geld? Eigentlich nicht, wenn man hört, dass es auf fünf Jahre verteilt werden soll. Wenn man weiß, dass unsere rot-grüne Bundesregierung sich verpflichtet hat, bis 2006 den Entwicklungshilfe-Etat auf 0,33 Prozent des BSP zu erhöhen. Das entspricht einer Steigerung gegenüber 2004 von etwas über einer Milliarde, also dem Zehnfachen der jetzt versprochenen jährlichen Hilfe. Hier war also wieder ein perfekter PR-Strategie am Werk.

Ich hätte beinahe verdrängt dieses Jahr meine Überweisung für ein Favela-Projekt in Brasilien auszufüllen. In

der Favela Monte Azul in São Paulo kümmert sich eine rührige NGO seit 25 Jahren um Ausbildung und Gesundheit von Kindern und Erwachsenen. Sie schreiben, Ihnen fehlen 2005 monatlich 15 000 Euro. Hoffentlich bleibt für dieses und die vielen tausend anderen Projekte in der dritten Welt noch ein bisschen Spendenbereitschaft und Engagement übrig.

Martin Worbes, Kreisvorstandssprecher

Adressen und Kontakte

Büros und Geschäftsstellen

Grünes Zentrum: B 90/GRÜNE Göttingen

Raymond Rordorf

Mo, Fr: 10-14 h, Mi 13-18

Haus: Prinzenstr. 20a, 37073 Göttingen

Post: Postfach 3622, 37036 Göttingen

Fon: 05 51 / 5 55 94

Fax: 05 51 / 5 31 62 06

Mail: gruene.goettingen@t-online.de

Internet: www.gruene.de/goettingen

Stadtratsfraktion

Heike Nüchel

Hiroshimaplatz 1-4, 37070 Göttingen

Fon: 05 51 / 4 00-2785

Fax: 05 51 / 4 00-2904

Mail: GrueneRatsfraktion@goettingen.de

Kreistagsfraktion

Matthias Brachmann

Mo-Fr: 9.30-12.30

Reinhäuser Landstr. 4, 37070 Göttingen

Fon: 05 51 / 5 25-245

Fax: 05 51 / 5 25-140

Mail: Gruene@LandkreisGoettingen.de

Landtagsbüro Stefan Wenzel

Maria Gerl-Plein

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

Fon: 05 11 / 30 30 33 01

Fax: 05 11 / 32 98 29

Mail: Stefan.Wenzel@lt.niedersachsen.de

Wahlkreis- und Regionalbüro

Jürgen Trittin

Wiebke Ahrlich

Haus: Prinzenstr. 20a, 37073 Göttingen

Post: Postfach 3622, 37036 Göttingen

Fon: 05 51 / 5 31 60 90

Fax: 05 51 / 5 31 54 60

Mail: juergen.trittin@wk.bundestag.de

Internet: www.trittin.de

Kreisverband Göttingen

Kontakt:

Ursula Botzhardt: 05 51 / 37 11 89

ubotzenhardt@web.de

Grüne Jugend Göttingen:

Silke Gebel: silke.gebel.gruene@gmx.de

Ortsverbände

Stadtverband Göttingen

Sascha Völkening: 05 51 / 9 95 59 15

svoelke@stud.uni-goettingen.de

OV Adelebsen

Michael Kaufmann: 0 55 02 / 99 87 82

vorstand@grueneadelebsen.de

OV Bovenden

Stefan Leineweber: 0 55 94 / 13 39

gruene.bovenden@tiscali.de

OV Dransfeld

Sigrid Kluth: 0 55 45 / 4 14

gruene.dransfeld@web.de

OV Friedland

Bernd Tapken: 0 55 04 / 81 61

berndtapken@freenet.de

OV Gleichen

Ingo Voges: 0 55 08 / 92 30 56

christel.wemheuer@t-online.de

OV Hann. Münden

Jerry Salisbury: 0 55 41 / 3 30 49

jerry@salisbury.de

OV Radolfshausen

Viola von Cramon-Taubadel: 05507/999777,

viola.voncramon@debitel.net

OV Rosdorf

Ludwig Barking: 05 51 / 78 16 34

lubark@gmx.net

OV Staufenberg

Margret Beisheim: 0 55 43 / 29 02

gruene.staufenberg@gmx.de

OV Unteres Eichsfeld (Dud./Gieboldehn)

Heinrich Schilling: 0 55 27 / 72 26 0

famschilling@gmx.de

Aktuelle Termine

21.4. (Do), 19.30, Holbornsches Haus in der Roten Straße 34 — Podiumsveranstaltung zum Thema Kyoto-Protokoll, Klimaschutz, Chancen für die Bioenergieregion Göttingen

26.4. (Di), 19.30, Grünes Zentrum — Parteirat des Kreisverbands Göttingen

23.4. (Sa), 13.00-18.00, Celle — Sonder-Landesdelegiertenkonferenz zur Landessatzung

3.5. (Di), 19.30, Apex — Schule der Zukunft, Zukunft der Schulen — Ein Streitgespräch mit Ina Korter (MdL) und Lothar Koch

4./5.6. (Sa/So), Buchholz — reguläre Landesdelegiertenkonferenz

Regelmäßige Termine

Kreisvorstand:

Mittwochs, 19.30 Uhr, 14-tägig, zum Beispiel am 13.4., Grünes Zentrum

Stadtvorstand:

jeden Mittwoch, 19.30 Uhr, Grünes Zentrum

Grüne Jugend:

jeden Mittwoch, 18.00 Uhr, Grünes Zentrum

Kreistagsfraktion: Montags, 19.30, Grünes Zentrum oder Kreishaus

Stadtratsfraktion: Mittwochs, 18.00, Neues Rathaus, 1. Stock, Raum 114

Die Grüne Galerie ist das Mitglieder- und SympathisantInneninfoblatt vom Kreisverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Göttingen. Kontakt: Wiebke Ahrlich, wahrlich@web.de, 05 51 / 5 31 60 90